Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomsen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklamezeile (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 112 — **Sonnabend, den 15. September 1928** — **39. Jahrgang**

Amtliches.

Mit der Zustellung der Gewerbesteuerbescheide für das Rechnungsjahr 1928 ist begonnen worden. Die aus diesen Bescheiden ersichtlichen, bereits fällig gewesenen Beträge sind sofort an die hiesige Stadtsteuereinnahme abzuführen.

Außerdem wird am

15. September d. J.

die aus den zugestellten Gewerbesteuerbescheiden ersichtliche 2. Teilzahlung auf das Rechnungsjahr 1928 fällig.

Zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung sind diese Beträge bis spätestens

22. September d. J.

an die hiesige Stadtsteuereinnahme zu entrichten.

Naunhof, am 31. August 1928. **Der Stadtrat.**

Die auf den 2. Termin 1928 am 1. Oktober 1928 fälligen Brandkassenbeiträge nach 1 Pfg. je Einheit sind bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung bis spätestens

8. Oktober 1928

an die hiesige Stadtsteuereinnahme zu entrichten.

Naunhof, am 15. September 1928. **Der Stadtrat.**

Die nächste Mütterberatungsstunde findet Mittwoch, den 19. September d. J. nachmittags von ½2—3 Uhr für Säuglinge und Kleinkinder in der neuen Schule, Zimmer 4, statt.

Kinder aus Familien, in denen ansteckende Krankheiten herrschen (Masern, Diphtheritis, Scharlach usw.) dürfen nicht in die Beratungsstunden gebracht werden.

Naunhof, am 15. September 1928. **Der Stadtrat.**

Das Wespennest.

Das Doppelgesicht der Diplomatie. — Mißhandelte Eifeldörfer. — Poincarés Triumphwagen.

Wer Sinn und Zeit auch für die kleineren Unglücksfälle unserer immer atemloser dahinstürmenden Tagesgeschichte aufbringt, der wird in diesen Tagen von zwei Todesopfern gelesen haben, die ein unbedachter Griff in Wespennester zur Folge hatte. Das eine Mal war es ein Kind von ein oder von zwei Jahren, das von einem Wespenschwarm so entsetzlich zugerichtet wurde, daß es nach wenigen Stunden verloren war. Das andere Mal ein junger Arzt, der irgendeinen Leichtsinn, den er den stachelbewehrten kleinen Tieren gegenüber begangen hatte, mit dem Leben büßen mußte.

*

Ganz so schlimm ist der Vorstoß, den der deutsche Reichskanzler auf der Völkerbundversammlung in Genf mitten hinein in den Schwarm der vor ihm sitzenden Delegierten aus aller Herren Ländern unternahm, allerdings nicht verlaufen. Herr Briand ließ sich sogar zwei oder drei Tage Zeit, ehe er aus seinem Bau herausstürzte und den deutschen Delegationsführer mit Spitzen angriff, mit seinen ausgeklügelten Stichen und Bosheiten überfiel, daß es nur so eine Art hatte. Der lärmend gespendete Beifall seiner Bewunderer und Trabanten sollte den deutschen Angreifer vollends zum Verstummen bringen, und was in Genf selbst noch an Nachstößen etwa zu wünschen übrigblieb, das bemühte sich die sogenannte „Weltpresse" ihrerseits nach Kräften nachzuholen. Aber Hermann Müller, der die berühmte Atmosphäre von Genf zum erstenmal zu kosten bekam, zeigte sich im Besitz einer Eigenschaft, deren Notwendigkeit für einen Staatsmann der Gegenwart kein geringerer als Fürst Bülow einmal in seiner humoristischen Redeweise als ganz unerläßlich bezeichnet hatte: an seiner Rhinozeroshaut prallten die Insektenstiche, mit denen man ihn anscheinend gleich bei seinem ersten Auftreten in der Völkerbundversammlung erledigen zu können hoffte, ziemlich wirkungslos ab, soviel auch von Paris und von London und natürlich auch von Warschau und von Prag her getan wurde, um Gift in die Wunden nachzuträufeln, die Herr Briand verursacht hatte. Der Reichskanzler blieb der ruhige und gelassene Mann, als den wir ihn in Deutschland bereits seit Jahren gekannt haben, und soweit er dabei eine Abwehr gegen die herumschwärmenden Wespen für nötig hielt, ließ er mit keinem Wort erkennen, daß er sich durch die gehäuften Unfreundlichkeiten — man könnte freilich dafür noch einen ganz anderen Ausdruck gebrauchen — des französischen Außenministers auch nur im geringsten verletzt fühlte.

*

Wir wollen nicht etwa behaupten, daß er mit diesem Verhalten in Deutschland völlig ungeteilte Zustimmung gefunden hätte; manchem hätte es ungleich besser gefallen, wenn er sehr viel kräftiger aufgetreten wäre, wenn er einfach seine Koffer gepackt und den Herrschaften, die in so überheblicher Form über ihn hergefallen waren, den Rücken gekehrt hätte. Aber die deutsche Delegation hat es für richtiger gehalten, den Kampfplatz in der Völkerbundversammlung nicht zu verlassen, und der Erfolg erst wird erweisen, ob sie damit recht behält. Jedenfalls: das Wort von dem Doppelgesicht der internationalen Diplomatie bleibt an der Gegenseite solange hängen, solange sie ihre Taten nicht mit ihren Reden in Übereinstimmung bringt. Mit hochtönenden Redensarten hat eben der französische Höchstkommandierende im besetzten Gebiet die 50 000 Mann aller Waffengattungen, mit denen er die schmählich mißhandelten Eifeldörfer überfluteten, aus den französisch-britischen Manövern entlassen, und kaum ist dieses Heldenstück eines wirklich übermütigen Militarismus abgerollt, so heben in Frankreich selbst die riesenhaften Luftmanöver an, an denen mehr als 300 Flugzeuge und zahlreiche Batterien von Luftabwehrgeschützen beteiligt sind. Herr Briand soll sich persönlich gekränkt gefühlt haben ob der bitteren Kritik des deutschen Delegationsführers. Man darf aber vermuten, daß er an ihr wesentlich weniger auszusetzen gehabt hätte, wenn sein Respekt vor dem Bakel des Herrn Poincaré in den letzten Monaten nicht wesentlich größer geworden wäre; aus zwingenden Gründen, wie man wohl annehmen muß, ohne sie deshalb billigen zu wollen. Herrn Poincaré ist es eben gelungen, nicht nur den Frank zu stabilisieren, sondern auch die englische Politik wieder fester an seinen Triumphwagen heranzuziehen — und damit ist freilich vieles, wenn nicht alles erklärt.

*

Uns wird wohl einstweilen, wenn nicht noch ganz unvorhergesehene Sinnesänderungen eintreten, nichts anderes übrigbleiben, als auf den Augenblick zu warten, in dem Amerika mit seiner unverkennbaren Verurteilung dieser Art von europäischer Friedenspolitik lauter, als es bisher geschehen ist, hervortritt, — was freilich vor den Neuwahlen des Staatspräsidenten kaum geschehen dürfte.

Dr. Sy.

Deutschland will die Gesamträumung

Französische Schachzüge in Genf.

Neue Vorschläge.

Am Sonntag soll nun endlich, soweit man dem hin- und hergehenden Meinungsaustausch über die Genfer Verhandlungen glauben darf, der große Schlag fallen, der einen Weg bahnt zur Räumung des Rheinlandes. Nach Indiskretionen in der französischen Presse sei am Donnerstag bei der Mächtebesprechung der „Feststellung und für Vergleich" erörtert worden. Die „Feststellungs"kommission soll etwaige Klagen der Unterzeichner des Versailler Vertrages über Vorgänge in einer entmilitarisierten Rheinlandzone oder in deren Nachbarschaft prüfen. Diese Kommission würde internationalen Charakter bekommen und auch deutsche gleichberechtigte Mitglieder umfassen. Die „Vergleichs"kommission soll als Sachverständigenausschuß für die endgültige Regelung der Reparationsfrage funktionieren. Reichskanzler Müller hätte, wenigstens nach den Behauptungen der französischen und auch einiger schweizerischer Blätter, sich diesen Anregungen gegenüber nicht ganz ablehnend verhalten.

Ob das richtig ist, bleibt solange äußerst fraglich, als eine einwandfreie deutsche Äußerung nicht vorliegt. Nach Ansicht Berliner politischer Kreise handelt es sich lediglich zunächst um französische Forderungen, zu denen die deutsche Vertretung noch keine Stellung genommen habe und die im besten Falle erst am Sonntag zur näheren Erläuterung kommen könnten. Vorläufig sehe man nicht, welche Folgerungen aus diesen Vorschlägen zur Einsetzung von Kommissionen herauswachsen könnten. Gewiß könne man an einen Ausbau des Locarno- und des Rheinlandpaktes denken. Immer fehle aber noch das bestimmte und endgültige Versprechen der Räumung. Diese müsse zunächst zugestanden werden, und zwar für das gesamte Rheinland, ehe weitere Entschlüsse auf unserer Seite in Betracht kommen könnten.

Kabinettsrat in Berlin.

Sonnabend ist in Berlin das Reichskabinett zu einer Beratung über die bisherigen Ergebnisse von Genf geladen. In dieser Sitzung wird selbstverständlich das vorgeschlagene Feststellungs- und Vergleichskomitee die Hauptrolle spielen. Und es wird klargelegt werden müssen, ob hinter den Anregungen nichts anderes steht als die genugsam bekannte französische Forderung auf „Sicherung", für die Deutschland wieder einmal bezahlen soll. Auf deutscher Seite ist es unmöglich, irgendwelche Maßnahmen zu erkaufen, die nichts anderes darstellen als die Ausführung des von uns ohne finanzielle Neubelastung beizubehaltenden Rechtsgrundsatzes der Gesamträumung.

Auch von der deutschen Delegation in Genf wird bestätigt, daß die französischen Vorschläge so, wie sie in die Öffentlichkeit gedrungen sind, im wesentlichen den Tatsachen entsprechen. Ob in der Sonnabendkabinettsitzung etwa Abänderungs- oder Gegenvorschläge formuliert werden, bleibt abzuwarten. Würde die von Frankreich vorgeschlagene Regelung eintreten, vielleicht in abgeänderter Form, so wäre beabsichtigt, die neu zu schaffende Kommission im Oktober in Paris zusammentreten zu lassen.

Der französische Ministerrat.

Außer den notwendigen Ministerernennungen zur Vervollständigung der französischen Regierung nahm der in Rambouillet unter Vorsitz des Präsidenten Doumergue tagende Ministerrat einen längeren Vortrag des aus Genf erschienenen Außenministers Briand über die Völkerbundtagung und die Genfer Besprechungen entgegen. Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben, jedoch soll eine weitere Kabinettssitzung am 26. September stattfinden. Briand kehrt alsbald nach Genf zurück und hat sich, wie trotz aller Geheimhaltung verlautet, die volle Zustimmung der Regierung zu seinem Verhalten in Genf gesichert.

Am Montag abend wird Briand in Genf zu Ehren des deutschen Reichskanzlers Müller ein Essen im Hotel des Bergues geben, zu dem alle Delegationsführer des Völkerbundes geladen sind.

Wirtschaftsfragen.

Bei Behandlung des Tätigkeitsberichts des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes verbreitete sich in Genf das Mitglied der deutschen Delegation Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid über den deutschen Standpunkt. Zur Herstellung gedeihlicher Wirtschaftsentwicklung habe Deutschland mit 16 Staaten Handelsverträge abgeschlossen, die sich alle im Sinne einer Herabsetzung der Zollsätze ausgewirkt hätten, was besonders beim deutsch-französischen Handelsvertrag in Erscheinung trete. Die Verwirklichung des Zollabbaues müßte überall gefordert werden und die namentlich von Rumänien und Italien erhobenen Bedenken seien abzuweisen. Ebenso müßten die Erschwerungen des Reiseverkehrs durch die Paßvisa endlich beseitigt werden.

In der Budgetkommission des Völkerbundes kritisierten die Vertreter Norwegens und Hollands die Personalpolitik des Völkerbundes sehr scharf. Anfangs seien noch Universitätslehrer oder Leute der Praxis zu Völkerbundbeamten genommen worden. Jetzt ernenne man nur Diplomaten, die das Interesse ihres Landes, aber nicht die Allgemeinheit verträten. In Norwegen hätte sich das Parlament bereits damit befaßt, ob weitere Kredite für den Völkerbund zu streichen seien. Der Holländer betonte, daß die Großmächte fast ein Monopol im Völkerbund ausübten. Generalsekretär Drummond fand die Kritiken berechtigt.

Die Genfer Besprechungen.

Berlin. Über die Besprechungen der Vertreter der sechs Mächte in Genf wird in der letzten Nummer der Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz von halboffiziöser deutscher Seite u. a. ausgeführt: Nachdem von französischer Seite sehr bedauerlicherweise Einzelheiten über die vertraulichen Besprechungen in die Öffentlichkeit gekommen sind, kann festgestellt werden, daß die französischen Wünsche sich auf eine Erweiterung und einen Ausbau der im Locarnovertrag, d. h. im Rheinpakt geschaffenen Organisation erstrecken. Es handelt sich dabei um einen französischen Vorschlag zur Schaffung einer Feststellungs- und Vergleichskommission, deren Charakter, Zusammensetzung und Befugnisse natürlich noch einer genauen Prüfung unterliegen müssen. Festzustellen ist aber jetzt schon, daß eine solche Kommission nur in Frage kommt nach Vollzug der Gesamträumung des Rheinlandes. In die Einzelheiten dieses Projektes ist noch nicht eingetreten und es handelt sich für uns vorläufig darum, ob dieser Vorschlag überhaupt eine Plattform abgeben kann.

Die deutschen Gegenforderungen werden sich neben der Grundbedingung der Gesamträumung auf die Dauer der Wirksamkeit einer solchen Kommission, auf ihre Zusammensetzung und ihre Befugnisse, ferner auf die Frage der beiderseitigen Gebietsteile zu erstrecken haben, für deren Bereich etwaige Beschwerden an diese Kommission zu leiten wären. Der zweite Komplex der bei den Besprechungen aufgetauchten Vorschläge bezieht sich auf die Einsetzung eines Ausschusses finanzieller Sachverständiger zur Prüfung der Reparationsfrage im Rahmen des Dawes-Planes. Hiergegen dürften materielle Bedenken nicht bestehen, zumal auf eine Verknüpfung der Frage mit derjenigen der Rheinlandräumung von der Gegenseite verzichtet wird. Jedenfalls ist gegenüber den ausländischen Presseäußerungen die Tatsache festzuhalten, daß bei der notwendigen Prüfung neben den obenerwähnten selbstverständlichen Voraussetzungen die Feststellung eine wichtige Rolle spielt, wie sich in bezug auf die Kompetenzen der Feststellungs- und Vergleichskommission überhaupt eine vollkommene Parität herstellen ließe.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident v. Hindenburg, der Freitag aus Westpreußen zurückgekehrt ist, empfing den persischen Hofminister Timur Tasch in Begleitung des hiesigen persischen Gesandten. — Zwischen dem Reichspräsidenten und dem König von Spanien fand anläßlich dessen Durchreise durch Kiel ein herzlicher Telegrammwechsel statt.

Berlin. An Stelle von Botzenhardt ist Friedrich Bauer in Stettin, Oberwieck 74, als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates einberufen worden.

Baden-Baden. Der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Dr. Krestinski, der sich auf der Rückreise von Kissingen derzeit in Baden-Baden befindet, stattete dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen freundschaftlichen Besuch ab.

Braunschweig. Zum Nachfolger des bisherigen Leiters der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, des Präsidenten Husung, der zum 1. Oktober in den Ruhestand tritt, ist der frühere braunschweigische Minister und jetzige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Grotewohl ernannt worden.

Paris. In dem Freitag in Rambouillet abgehaltenen Ministerrat wurden der frühere Unterstaatssekretär für Luftfahrt, Abgeordneter Laurent Eynac, zum Luftfahrtminister und der Generalberichterstatter für das Budget im Senat, Chéron, zum Handelsminister ernannt.

Rom. Papst Pius IX. erläßt eine Enzyklika über den Wert der Studien zur Erforschung des Orients und die Förderung dieser Studien durch die katholische Hierarchie.

SLUB
Wir führen Wissen.